



Zusammenkunft aller
Physik-Fachschaften

Bericht von der ZaPF in Erlangen Sommer 2025

Die 92. Zusammenkunft aller (deutschsprachigen) Physik-Fachschaften, kurz ZaPF, fand vom 30.04.2025 bis zum 04.05.2025 in Erlangen statt. Etwa 230 Personen aus 50 Fachschaften nahmen teil. Die ZaPF dient vorrangig dem Austausch zwischen den Fachschaften und als meinungsäußerndes Gremium der Physikstudierenden. Sie findet einmal pro Semester statt. Dabei stehen hochschulpolitische Themen im Fokus, die unten näher erläutert werden. Insgesamt wurden während der ZaPF in Erlangen ca. 55 Arbeitskreise und Workshops zu verschiedenen Themen angeboten. Teilweise gingen daraus Resolutionen und Positionspapiere hervor, die im Endplenum der ZaPF beschlossen wurden. Beschlossene Resolutionen wurden im Anschluss an die ZaPF vom Ständigen Ausschuss aller Physikfachschaften (StAPF) verschickt.

Strukturen an der Hochschule und im Studium

In den Arbeitskreisen der ZaPF in Erlangen wurden viele Themen besprochen, die sich mit den Problemen der Strukturen an Hochschulen und im (Physik-)Studium auseinandersetzen. Unter anderem ging es dabei um Klausurzulassungen, welche aktuell an vielen Hochschulen nicht transparent geregelt werden, und Prüfungsversuchsbeschränkungen. Im Rahmen der Studienreformdebatten wurde sich über veraltete Veranstaltungskonzepte ausgetauscht und der Frage nachgegangen, wie sich (Physik-)Studium und Lehre ganz neu denken lässt. Dabei wurden unter anderem Lehr-Lern Formate gesammelt, die sich Studierende vermehrt wünschen würden.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Bearbeitungsdauer von Bachelorarbeiten gewesen, zu welchen ein Positionspapier der ZaPF verfasst wurde, in dem sie sich vor allem für die Vereinheitlichung von Regelungen ausspricht. Des Weiteren wurde sich mit der Vereinbarkeit von Schwangerschaft und dem (Physik-)Studium, sowie der Promotion auseinandergesetzt.

Aktuelle politische Lage

Die ZaPF in Erlangen fand unter dem Eindruck politischer Änderungen statt, die Schuldenbremse wurde in Frage gestellt und ein Sondervermögen bisher nie dagewesenen Ausmaßes beschlossen. Die Gesellschaft und auch Wissenschaft sieht sich stärkeren Geopolitischen Spannungen gegenübergestellt und reagiert unter anderem mit einer verstärkten Militarisierung. Außerdem erstarken die

rechtsextremen Kräfte in Deutschland.

Die ZaPF spricht sich weiterhin für eine friedensorientierte und zivile Forschung aus. Es wurde sich insbesondere darüber ausgetauscht, dass Gelder verstärkt an militärische Forschung fließen, aber in der zivilen Forschung immer mehr Sparmaßnahmen durchgesetzt werden. Auch wurde in der Resolution zum NRW-Hochschulgesetz die Notwendigkeit für Ziviliklauseln erneut betont.

Unter dem Gesichtspunkt Geopolitischer Spannungen wurde sich auch mit dem Israel-Palästina Konflikt auseinandergesetzt und vor allem dessen Auswirkungen auf die Bevölkerung, insbesondere Studierende, betrachtet. Daraus folgte die Forderung nach digitalen Studienunterlagen und einem einfachen Zugang zu Onlineveranstaltungen für Studierende aus Gaza.

Das momentane politische Klima macht sich auch in der Fachschaftsarbeit bemerkbar. Insbesondere die Angriffe der sogenannten AfD auf verfasste Studierendenschaften sind Besorgnis erregend. Da diese inzwischen gesichert Rechtsextrem ist, fordert die ZaPF die Fraktionen des Bundestages auf, ein Verbotsverfahren gegen die sog. AfD zu starten.

Awareness

Awareness und Diversität sind weiterhin aktuelle Themen, die auf der ZaPF behandelt werden. Auch auf dieser ZaPF gab es wieder einen Workshop, der sich mit der Etablierung von Awareness- und Vertrauenspersonenstrukturen in Fachschaftsvertretungen beschäftigte. Des Weiteren gab es auch wieder generelle Austauschrunden, spezifisch zu den Themen Trans-Identität und Mental Health im (Physik-)Studium, sowie bei Gremienarbeit. Dabei stand auch im Vordergrund, wie mit den Stress-Situationen des hochschulpolitischen Uni-Alltags umgegangen werden kann.

Finanzielle Lage der Studierenden

Angesichts der Preissteigerungen im studentischen Alltag bei Semestergebühren, Miete und Mensagerichten hat sich die ZaPF mit der finanziellen Lage von Studierenden auseinandergesetzt. Ein großes Thema war dabei die Erhebung von Verwaltungsgebühren an Hochschulen. Zum Sommersemester 2026 soll der Semesterbeitrag in Schleswig-Holstein um insgesamt 100 Euro steigen, 60 Euro davon fließen in die Verwaltung. Gegen diese zusätzliche finanzielle Belastung von Studierenden hat sich die ZaPF in zwei Resolutionen geäußert. Zudem wurde sich über allgemeine negative Auswirkungen von Kürzungen und lokale Schwierigkeiten mit den Studierendenwerken ausgetauscht und, wie schon auf früheren ZaPFen, über die bürokratischen Hürden bei der Beantragung von BAföG diskutiert.